

DGB

Forderungen zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

DGB Rheinland-Pfalz / Saarland



**Reden
wir über...**
DER ZUKUNFTSDIALOG

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Impressum

Herausgeber:

DGB Rheinland-Pfalz / Saarland

Kaiserstraße 26-30

55116 Mainz

<https://rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/>

verantwortlich: Dietmar Muscheid

Stand: Dezember 2020

Preis: kostenlos, aber nicht umsonst

Bestellungen über rheinland-pfalz@dgb.de

Konkretisierung der Forderungen bei LTTG, Mobilität sowie Masterplan Krankenhaus erhältlich über rheinland-pfalz@dgb.de

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Vorwort

Am 14. März 2021 finden die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz statt. Dann sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, darüber abzustimmen, wie die Politik im Land in den nächsten fünf Jahren gestaltet werden soll. Und vor dem Hintergrund der Covid19-Pandemie kommt dieser Wahl eine besonders große Bedeutung zu, denn das Virus hat schonungslos offengelegt, an welchen Stellen es in unserer Gesellschaft hakt. Das beginnt bei fehlender digitaler Ausstattung in den Schulen, geht über die Probleme unserer Zwei-Klassen-Medizin, das betrifft Fragen der Arbeitssicherheit, dem Wert von Arbeit, der Finanzierung unserer Sozialsysteme, bis hin zur fehlenden Wertschätzung für ganze Berufsgruppen – die Liste ließe sich noch lange fortführen. Dazu kommt, dass das Virus Entwicklungen in bestimmten Bereichen unserer Gesellschaft beschleunigt hat. Das gilt für die Digitalisierung ebenso wie für die ökologische Transformation unserer Wirtschaft, wovon in Rheinland-Pfalz die Automobilindustrie besonders betroffen ist. Diese Veränderungsprozesse gilt es verantwortungsvoll zu gestalten. Am besten gelingt dies dort, wo es Tarifverträge gibt. Die besondere Widerstandskraft tarifgebundener Betriebe hat sich bereits in der Pandemie eindrücklich gezeigt, denn hier waren die Arbeitsbedingungen besser, das Kurzarbeitergeld höher und die Arbeitsplätze sicherer.

In der Krise haben wir erlebt, wie handlungsfähig unser demokratisches System sein kann, wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Es gibt einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens dafür, die Krise als Chance zu nutzen und die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise so zu gestalten, dass unser Land noch besser auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet ist. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften in Rheinland-Pfalz steht fest, dass ein zukunftsfähiges Land nur durch eine Politik gelingt, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt. Wir wollen ein Rheinland-Pfalz der guten Arbeit, der guten Bildung, der Innovation, der Gleichberechtigung, der Teilhabe, der Offenheit und Solidarität und ein Land, in welchem die Menschen sicher leben können.

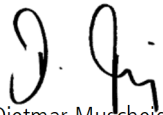
Dazu wollen wir für Rheinland-Pfalz eine Landespolitik, die „Gute Arbeit“ in Form von qualifizierter Ausbildung, tariflicher Bezahlung sowie sicheren und zukunftsfesten Arbeitsplätzen unterstützt. Prekäre Arbeit zu beseitigen und sozialpartnerschaftliches Handeln in Betrieb und Gesellschaft auszubauen, muss im Zentrum politischen Handelns bleiben. Die Integration aller Menschen in unserer Gesellschaft durch Qualifizierung, Arbeit und bezahlbaren Wohnraum muss das Ziel der Landespolitik bleiben. Wir brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst, der die innere

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Sicherheit stärkt, die Sozialsysteme sichert und ausbaut und gute Bildung gewährleistet. Es darf nicht nur darum gehen, so schnell wie möglich wieder in einen Zustand vor Corona zu kommen - lasst uns die breite gesellschaftliche Solidarität nutzen, um das Land noch gerechter, noch ökologischer, noch digitaler und noch besser zu machen!

Im Folgenden legen der DGB und seine Mitgliedgewerkschaften zentrale Forderungen zur Landtagswahl vor. Über die Landespolitik hinaus, beinhalten die Forderungen außerdem bundespolitische Fragen, in denen der DGB von der künftigen Landesregierung Initiativen und eine aktive Bundesratsarbeit einfordert.

Nach Corona noch gerechter, solidarischer, ökologischer und digitaler – so soll unser Rheinland-Pfalz von morgen und übermorgen aussehen!



Dietmar Muscheid
Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz / Saarland

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Inhalt

IMPRESSUM	3
VORWORT	4
FORDERUNGEN ZUR LANDTAGSWAHL 2021 IN RHEINLAND-PFALZ	7
Für ein zukunftsfestes Bildungs- und Ausbildungssystem	7
Für eine vorwärtsgewandte Wirtschaftspolitik und aktive Gestaltung des Strukturwandels ..	10
Für ein Land als guter Arbeitgeber- und tariftreuer Auftraggeber – Sicherung von <i>Guter</i> <i>Arbeit</i> in Rheinland-Pfalz	11
Für bezahlbares Wohnen und eine gute, wohnortnahe gesundheitliche Versorgung	13
Für eine Mobilitätswende und einen starken ÖPNV/SPNV	14
Für die Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts	15
Weitere Informationen	17

FORDERUNGEN ZUR LANDTAGSWAHL 2021 IN RHEINLAND-PFALZ

Für ein zukunftsfestes Bildungs- und Ausbildungssystem

Gute Bildung prägt die Lebens- und Berufsperspektiven der Menschen. Dazu braucht es ein modernes und zukunftsfestes Bildungssystem von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung, das Chancengleichheit garantiert, leistungsfähig ist und allen Menschen Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

*Die duale Ausbildung ist ein Fundament unseres wirtschaftlich erfolgreichen Rheinland-Pfalz. Sie ist ein Erfolgsmodell und hat in ganz Europa Vorbildfunktion. Allerdings ist die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss auch in Rheinland-Pfalz mit ca. 85.000 erschreckend hoch. Zu wenige Bewerber*innen beginnen eine duale Ausbildung, zu viele landen in Warteschleifen und müssen sich mit oftmals schlechten Alternativen zufrieden geben. Zu wenige Unternehmen in Rheinland-Pfalz bilden aus. Durch die Corona-Krise verschlechtert sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt.*

Für eine gute Ausbildung braucht Rheinland-Pfalz:

- ✓ die Einführung eines Azubi-Tickets in Höhe von 1 Euro / Tag für das ganze Land solange der ÖPNV kostenpflichtig ist.
- ✓ ein betrieblich finanzierter Zukunftsfonds für gute Ausbildung, der die Rückgänge auf dem Ausbildungsmarkt – auch insbesondere in und nach der Corona-Krise – auffängt und allen Jugendlichen eine Chance auf gute Ausbildung bietet.
- ✓ eine bessere Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung und dazu den Ausbau von echten Jugendberufsagenturen, d.h. alle Träger arbeiten tatsächlich rechtskreisübergreifend unter einem Dach zusammen.
- ✓ eine bessere Datenlage durch eine integrierte Ausbildungsmarktstatistik: Es muss klar werden, wer die Schule verlassen hat, aber danach keine Ausbildung oder ein Studium aufgenommen hat. Nur so können diese Personen gezielt beraten werden, denn ohne Abschluss sind sie einer massiven Armutsgefährdung ausgeliefert. Unterstützungsangebote wie die „assistierte Ausbildung“ müssen stärker beworben und genutzt werden, um allen jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen
- ✓ den Ausbau der Lernortkooperation zwischen Betrieben und Berufsschulen. Dabei ist es auch notwendig, dass Lehrkräften die Teilnahme an Fortbildungen von Betrieben ermöglicht wird. Im

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Betrieb müssen die Ausbilder*innen im Bereich Digitalisierung qualifiziert werden Mit Blick auf die Digitalisierung müssen auch Ausbildereignungslehrgänge und Prüfungen überarbeitet werden.

- ✓ Ausbildungsverträge mit gesetzlichen Mindeststandards für dual Studierende, damit auch für sie gute Arbeits- und Lernbedingungen sichergestellt werden.
- ✓ die Aufhebung der maximalen Freistellungsdauer für Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVis) für die Wahrnehmung der Interessenvertretung.
- ✓ die Aufnahme der Themen „Tarifverträge“ und „Gewerkschaften“ in die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen.

Rheinland-Pfalz ist das Land der gebührenfreien Bildung und eröffnet entlang der gesamten Bildungskette allen rheinland-pfälzischen Kindern sowie Schülerinnen und Schülern gleiche Bildungschancen. Die pädagogischen Fachkräfte in den Kindertagesstätten und die Lehrkräfte in den Schulen des Landes tragen zu einem erheblichen Teil dazu bei, die gebührenfreie Bildung sicherzustellen.

🔗 Für motivierte Lehrkräfte und Erzieher*innen braucht Rheinland-Pfalz:

- ✓ mehr Einstellungen von Lehrkräften
- ✓ eine einheitliche Besoldung der Lehrkräfte in A13
- ✓ die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Schularten
- ✓ eine leistungsgerechte Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern sowie eine Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation, die der Arbeit und Verantwortung in den Kindertagesstätten endlich gerecht wird.

Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung der Schulen beschleunigt. Es ist beeindruckend, wie Lehrkräfte – trotz fehlender digitaler Infrastruktur – die Corona-Krise meistern.

🔗 Für eine bessere Digitalisierung in den Schulen braucht Rheinland-Pfalz:

- ✓ eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale Endgeräte, inklusive datenschutzkonformer Software für Konferenzen sowie personelle und technische Unterstützung.
- ✓ die Vereinheitlichung von Schulverwaltungssoftware sowie ein schulart- und schulortübergreifendes Netzwerk.
- ✓ die Ausweitung der Fortbildungsangebote auch bei Blended Learning-Formaten für Lehrkräfte.

Rheinland-Pfalz ist ein attraktiver Studienstandort. Damit dies auch weiterhin so bleibt, müssen Grundvoraussetzungen gegeben sein, die eine offene und starke Hochschullandschaft sicherstellen.

🔗 Für eine offene und starke Hochschullandschaft braucht Rheinland-Pfalz:

- ✓ die Sicherstellung von Forschung und Lehre sowie eine Erhöhung der Grundfinanzierung, damit die Konkurrenzfähigkeit der rheinland-pfälzischen Hochschulen erhalten bleibt.

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

- ✓ die pauschale Anerkennung von beruflich Qualifizierten für den Hochschulzugang.
- ✓ Dauerstellen für die Bewältigung von Daueraufgaben. Die prekäre Befristungspraxis an den Hochschulen muss mit der Verstetigung der Hochschulpaktmittel ein Ende haben.
- ✓ Die Anerkennung der Hochschulen für die öffentliche Verwaltung als eigenständige Hochschulen, wie z.B. der Hochschule der Polizei, und eine Grundfinanzierung dieser zur Schaffung von Forschung und zum Erhalt der Qualität der Lehre.

Weiterbildung ist ein wichtiger Bestandteil für die Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitswelt. Wir stehen für gute Freistellungsregelungen und attraktive zeitgemäße Regelungen zum Bildungsurlaub ein.

🧠 Für zeitgemäße Fort- und Weiterbildungsangebote und deren Anerkennung

- ✓ sind Weiterbildungsangebote wie das von Arbeit & Leben oder der TBS gGmbH wichtig und unabdingbar, um den sich ständig ändernden Anforderungen des Arbeitslebens gut begegnen zu können. Wir fordern deshalb eine Fortsetzung/ Aufstockung der Förderung.
- ✓ müssen auch digitale und hybride Formen der Weiterbildung im Bildungsfreistellungsgesetz anerkannt werden.
- ✓ sind die Zugangsmöglichkeiten für Sonderurlaub zu Weiterbildungszwecken gem. § 26 UrlVO für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auszuweiten und die Möglichkeit einer Bildungsteilzeit zur persönlichen Fortbildung, die auch im Sinne des Dienstherrn ist, zu ermöglichen.

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Für eine vorwärtsgewandte Wirtschaftspolitik und aktive Gestaltung des Strukturwandels

In Rheinland-Pfalz arbeiten viele Menschen in der Fahrzeugindustrie, im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Chemie-, Kunststoff und Pharmaindustrie. Dies sind allesamt Bereiche, die von der Digitalisierung der Arbeitswelt und dem Ausstieg aus den kohlenstoffbasierten Wertschöpfungsprozessen und Produkten stark betroffen sind und in denen es weitreichende Transformationsprozesse gibt und geben wird.

Die aktive Gestaltung der Transformation muss Leitprinzip aller wirtschaftsnahen Förderprogramme des Landes sein. Auch regionale Strukturpolitik muss sich vor diesem Hintergrund neu orientieren.

Zur aktiven Gestaltung der Transformation braucht Rheinland-Pfalz:

- ✓ eine gezielte industrie- und verkehrspolitische Strategie, die dafür sorgt, dass sich Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa erneuern und den neuen technologischen Anforderungen und Nachfragestrukturen anpassen.
- ✓ Rahmenbedingungen und Standortfaktoren, die zum Erhalt und Aufbau von Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen. Dafür sind öffentliche Investitionen z. B. in den Bereichen Verkehr, Energieversorgung, Digitalisierung, Forschung oder dem öffentlichen Dienst notwendig.
- ✓ eigene Landesprogramme zur Qualifizierung von Beschäftigten, ein Recht auf Fortbildung in Transformationsprozessen.
- ✓ Indikatoren, mit denen gemessen werden kann, ob der Strukturwandel sich erfolgreich entwickelt. Dabei müssen gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung eine zentrale Rolle einnehmen.
- ✓ Kriterien Guter Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung müssen als Zielvorgabe in den Förderkriterien des Landes verankert werden. Fördermittel dürfen nur an solche Unternehmen bewilligt werden, die diesen Anforderungen genügen.
- ✓ ein Transformationsfonds und neue Fördermöglichkeiten, mit denen Unternehmen – insbesondere im Handwerk und bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – unterstützt werden, wenn der Strukturwandel die Investitionskraft des Unternehmens übersteigt.
- ✓ die Fortführung der Arbeit des Transformationsrates, das heißt landesweite und zusätzlich auch regional strukturierte Transformationsdialoge müssen für eine Vernetzung von relevanten Akteuren sorgen.
- ✓ ein detailliertes Konzept, wie das Ausbauziel von 100 Prozent erneuerbaren Energien im Jahr 2030 realisiert wird.

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Für ein Land als guter Arbeitgeber- und tariftreuer Auftraggeber – Sicherung von *Guter Arbeit* in Rheinland-Pfalz

Das Land Rheinland-Pfalz muss für gute Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger sorgen. Es sind die Beschäftigten des öffentlichen Sektors - bei Polizei und Feuerwehr, in der kommunalen Verwaltung, in Schulen, Kitas und weiteren Bildungseinrichtungen etc. - die gewährleisten, dass die öffentliche Hand dieser Aufgabe gerecht wird.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften dafür ein, dass die Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst erhalten bleibt und verbessert wird.

🗣️ Als guter Arbeit- und Auftraggeber braucht Rheinland-Pfalz:

- ✓ eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dazu zählen: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Vergütung, die Besoldung und eine verbesserte Arbeitszeitsouveränität.
- ✓ Verkürzte Wochenarbeitszeiten, Faktorisierungen von belastenden Arbeitszeiten, wie z.B. Wechselschichtdienst, Schichtdienst, Nacharbeit oder aber in operativen Einheiten bei der Polizei, der Feuerwehr, der Justiz, in den kommunalen Vollzugsdiensten, bei den Rettungsdiensten und in den Krankenhäusern müssen angepackt werden.
- ✓ Eine zukunftsfähige und zeitgemäße Schaffung einer „Belastungszulagenverordnung“.
- ✓ Eine Aufwertung der Einstiegsämter und Vereinfachung der Regelbeförderung im öffentlichen Dienst.
- ✓ attraktivere Rahmenbedingungen, die dafür Sorge tragen, dass sich wieder mehr junge Nachwuchskräfte für eine Arbeit im öffentlichen Dienst begeistern können.
- ✓ unbefristete Arbeitsverträge für Beschäftigte im Landesdienst. Das Land muss als Arbeitgeber seiner Vorbildfunktion gerecht werden.
- ✓ die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG): Die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst müssen ernst genommen werden. Zur Stärkung der Interessenvertretung in den Personalräten ist die gesetzliche Grundlage das Landespersonalvertretungsgesetz, das zukunftsfest modernisiert und an die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes angepasst werden muss.
- ✓ die Novellierung des Landestariftreuegesetzes (LTTG): Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss an die Anwendung von Tarifverträgen geknüpft sein. Der DGB hat hierzu ein umfassendes Konzept erstellt.
- ✓ die Steigerung der Tarifbindung. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Alltagsheld*innen allzu oft in Branchen arbeiten, in denen keine Flächentarifverträge mehr bestehen. Wenn die versprochene höhere Wertschätzung für diese Berufe ernst gemeint ist, muss das Land alle

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Möglichkeiten zur Steigerung der Tarifbindung nutzen. Dazu gehört insbesondere auch die Rückführung der Reinigungskräfte in kommunale Strukturen. .

💡 Damit Beschäftigte ihre Rechte leichter durchsetzen können, fordert der DGB:

- ✓ eine einheitliche Arbeitsinspektion, die sowohl Arbeitssicherheit, Arbeitszeit, Mindestlohn und gesundheitliche Aspekte kontrolliert. Das Land muss den gesetzlichen Rahmen dazu schaffen und die entsprechenden Behörden mit ausreichend Personal und Kompetenzen ausstatten.
- ✓ die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zu Mindestlöhnen.
- ✓ eine Beratungsstelle für ausländische Pflegekräfte, damit besonders diejenigen, die in häuslicher Pflege beschäftigt sind unterstützt werden.

💡 Ein starker Sonntagsschutz ist wichtig. Zum Schutz der Beschäftigten bedarf es der folgenden landespolitischen Maßnahmen:

- ✓ die Regelungen zum Sonntagsschutz im Ladenöffnungsgesetz müssen erhalten und gestärkt werden, es darf keine Ausweitung der formal möglichen Sonntagsöffnungen geben.
- ✓ Die durch die ständige Rechtsprechung entwickelten konkreten Kriterien für die Zulässigkeit von Sonntagsöffnungen müssen in das Ladenöffnungsgesetz übernommen werden.
- ✓ Genehmigungen von Sonntagsöffnungen müssen vor Erlass durch die Kommunalaufsicht geprüft werden.
- ✓ wir brauchen eine Eindämmung und die Rücknahme von Genehmigungen für Sonderverkaufszonen.

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Für bezahlbares Wohnen und eine gute, wohnortnahe gesundheitliche Versorgung

Immer mehr Menschen können sich ausreichenden Wohnraum nicht mehr leisten. Land und Kommunen sind gefordert selbst am Wohnungsmarkt tätig zu werden. Öffentlicher Baugrund darf nicht länger nach Höchstpreisen und ohne Auflagen an private Investoren verkauft werden. Wohnungspolitik muss Teil der Daseinsvorsorge werden ebenso wie die gesundheitliche Versorgung, Sie weist in einigen Teilen von Rheinland-Pfalz erhebliche Mängel auf. Es muss deshalb flächendeckend eine ärztliche Versorgung sichergestellt werden und der öffentliche Gesundheitsdienst ist besser auszustatten.

Um bezahlbaren Wohnraum mit guter Infrastruktur zu schaffen, braucht Rheinland-Pfalz:

- ✓ mehr kommunale (Kreis-) Wohnungsbaugesellschaften, die günstigen Wohnraum bauen und vermieten.
- ✓ Einführung eines landesweit geltenden Anteils von 30 Prozent gefördertem, sozialem Wohnraum in jedem neuen Baugebiet.
- ✓ die Ausweitung der Mietpreisbremse.
- ✓ nachhaltige und soziale Vergabe von öffentlichen Grundstücken.
- ✓ Wohnmöglichkeiten für Azubis. Dazu müssen neue Azubiwohnheime gebaut werden.
- ✓ eine wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Dingen des täglichen Bedarfs.

Um eine gute gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten, ist notwendig:

- ✓ eine sichergestellte ärztliche Versorgung auf dem Land. Dazu muss der „Masterplan Krankenhaus“ des DGB umgesetzt werden.
- ✓ den öffentlichen Gesundheitsdienst personell zu stärken und besser auszustatten mit zeitgemäßer IT Hilfsmitteln und Ausrüstung.

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Für eine Mobilitätswende und einen starken ÖPNV/SPNV

Statt reiner Verkehrskonzepte braucht Rheinland-Pfalz ein differenziertes Mobilitätskonzept. Dazu gehört eine Verkehrswegeplanung, die alle Verkehrsmittel gleichberechtigt berücksichtigt und auch dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land verpflichtet ist.

Für den DGB steht der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Zentrum der Mobilitätswende. Der umweltfreundlichste Verkehrsträger ist und bleibt die Schiene. Deshalb muss Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Der DGB Rheinland-Pfalz hat ein eigenes Mobilitätskonzept erstellt, die wichtigsten Forderungen lauten:

Für einen starken ÖPNV/SPNV braucht Rheinland-Pfalz:

- ✓ eine bessere Taktung des Nahverkehrs.
- ✓ langfristig kostenlose Nutzung von Bussen und Bahnen. Bis zur Umsetzung des kostenlosen ÖPNV darf ein Sozialticket nicht über dem Hartz-IV-Regelsatz für Verkehr liegen und ein Azubi –Ticket maximal 1 Euro pro Tag kosten.
- ✓ eine Prüfung bzw. Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken und das Vorantreiben der Elektrifizierung der Bahnstrecken.
- ✓ die Erhaltung der aktuellen Tariftreueverpflichtungen zum Beschäftigtenübergang im Nahverkehr auf Schiene und Straße bei einem Betreiberwechsel, welche auch ausdrücklich auf „nicht fahrendes Personal“ auszuweiten ist.
- ✓ mehr Sicherheit im Nahverkehr. Bei Ausschreibungen im ÖPNV und SPNV sind Sicherheitskonzepte zum Schutz von Fahrgästen und Beschäftigten einzufordern, vorzugeben und deren Umsetzung zu überprüfen.

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Für die Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten für eine solidarische, sozial gerechte und weltoffene Gesellschaft ein. Demokratie, Freiheit, Frieden, Vielfalt und Solidarität sind die höchsten Güter dieser Gesellschaft.

Trotz großer Bemühungen erfahren manche Personengruppen strukturelle Nachteile, die es aufzulösen gilt. Aus diesem Grund formuliert der DGB konkrete Forderungen, um die Lebenssituation von Frauen, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung, LSBTI und Geflüchteten zu verbessern und Partizipation zu gewährleisten.

☛ Rheinland-Pfalz ist weltoffen, vielfältig und demokratisch. Damit das so bleibt braucht es:

- ✓ einen Rettungsschirm für die Kommunen, mit dem vor Ort wieder echte finanzielle Handlungsfähigkeit für Investitionen hergestellt wird und zugleich die Schuldenproblematik der Kommunen nachhaltig gelöst wird.
- ✓ die Demokratieverziehung und -bildung im Unterrichtsplan aller Bildungseinrichtungen sowie die politische Weiterbildung für alle Altersgruppen.
- ✓ die weitere Unterstützung und Stärkung des Netzwerks für Demokratie und Courage.
- ✓ den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag – als einen Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Form.
- ✓ kommunale Beiräte, die mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden.
- ✓ die Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz.
- ✓ ein Gesetz zur Herstellung von Geschlechterparität in den Parlamenten.
- ✓ dass alle Ministerien das Thema Gleichstellung ganz oben auf ihre Agenda setzen müssen und jede inhaltliche und finanzielle Entscheidung darauf zu überprüfen ist, ob das Vorhaben dazu beiträgt, die Benachteiligung von Frauen abzubauen.
- ✓ ein Senioren/innen-Mitwirkungsgesetz, das die Mitwirkungsrechte gewählter Senioren/innen Beiräte auf der Landesebene und in den Kommunen regelt und die institutionelle Mitwirkung der Senioren/innen garantiert.
- ✓ eine Bundesratsinitiative um die Altersarmut zu stoppen. Dazu muss das Niveau der gesetzlichen Rente mindestens auf dem aktuellen Wert von 48 Prozent stabilisiert und dann schrittweise angehoben werden. Außerdem muss bereits die Erwerbsarmut durch höhere Löhne und gesicherte Arbeitsplätze bekämpft werden.
- ✓ älteren Menschen Lebensqualität am Wohnort zu erhalten, indem das Projekt der Gemeindegewestler plus flächendeckend ausgebaut wird.
- ✓ den Einsatz von multiprofessionellen Teams in Schulen, um die Inklusion voranzubringen.

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

- ✓ einen barrierefreien Arbeitsmarkt. Er muss offen und inklusiv gestaltet sein, damit auch Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt arbeiten können.
- ✓ die Umsetzung des Aktionsplanes Inklusion und eine kontinuierliche Fortschreibung.
- ✓ die Erhöhung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst sowie die flächendeckende Ausstattung der Landesverwaltung mit barrierefreier Technik.
- ✓ eine barrierefreie Infrastruktur im ganzen Land.
- ✓ ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den Flüchtlingslagern.
- ✓ flächendeckende Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen für 18 bis 35-jährige Geflüchtete
- ✓ ausbildungs- bzw. berufsbegleitende kostenfreie Deutschkurse ohne Zugangsbarrieren

Forderungen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

Weitere Informationen

- „Masterplan Krankenhaus“ ([download](#))¹
- Anforderungen an eine Novelle des Landestariftreuegesetzes Rheinland-Pfalz ([download](#))²
- Positionspapier Mobilität ([download](#))³
- Wohnraumbroschüre – Schritte aus der Wohnungsnot in Rheinland-Pfalz ([download](#))⁴

oder bestellbar per Mail:

rheinland-pfalz@dgb.de

oder per Telefon:

06131 2816-0



¹ <https://rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/++co++d2884a12-c69a-11ea-984e-001a4a160123>

² <https://rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/++co++b5a8154e-f7ff-11ea-bcc1-001a4a160123>

³ <https://rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/++co++4994cbee-f800-11ea-a6da-001a4a160123>

⁴ <https://rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/themen/++co++35270d10-5ab9-11e9-9ca7-52540088cada>